



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

Hinweis: Die Postulate und Motionen können online abgerufen werden unter <http://www.baselland.ch/Geschaefte.273412.0.html>

Datum: 18. März 2014

Nummer: 2014-041

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.**

Vom 18. März 2014

Inhalt**1 Einleitung****2 Abzuschreibende Aufträge**

- 2.1 Finanz- und Kirchendirektion
 - 2.1.1 Postulate
 - 2.1.2 Motionen
- 2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
 - 2.2.1 Postulate
 - 2.2.2 Motionen
- 2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion
 - 2.3.1 Postulate
 - 2.3.2 Motionen
- 2.4 Sicherheitsdirektion
 - 2.4.1 Postulate
 - 2.4.2 Motionen
- 2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
 - 2.5.1 Postulate
 - 2.5.2 Motionen
- 2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat
 - 2.6.1 Postulate
 - 2.6.2 Motionen

3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden

- 3.1 Finanz- und Kirchendirektion
 - 3.1.1 Postulate
 - 3.1.2 Motionen
- 3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
 - 3.2.1 Postulate
 - 3.2.2 Motionen
- 3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion
 - 3.3.1 Postulate
 - 3.3.2 Motionen
- 3.4 Sicherheitsdirektion
 - 3.4.1 Postulate
 - 3.4.2 Motionen
- 3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
 - 3.5.1 Postulate
 - 3.5.2 Motionen
- 3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat
 - 3.6.1 Postulate
 - 3.6.2 Motionen

4 Anträge

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2013** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2012** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

2.1.1.1 [2010/148](#); Postulat der FIKO vom 15. April 2010: Aufsicht über das interne Kontrollsystem IKS der Gemeinden im Finanzbereich; überwiesen am 03/03/2011

Seit dem 1. Januar 2012 ist im Gemeindegesetz folgende Bestimmung in Kraft (Teilrevision des Gemeindegesetzes vom 22. September 2011): Der Gemeinderat trifft auf der organisatorischen und auf der Führungsebene alle notwendigen Massnahmen, um das Vermögen der Gemeinde zu schützen, eine genaue und zuverlässige Buchführung zu gewährleisten und die Einhaltung der gesetzlichen Normen zu sichern (§ 150a des Gemeindegesetzes).

Ein Internes Kontrollsystem (IKS) ist auf Gesetzesebene somit nicht explizit vorgeschrieben. Auch die Gemeinderechnungsverordnung konkretisiert diesbezüglich das Gemeindegesetz nicht. IKS ist aber ein taugliches Instrument, um die Vorgaben gemäss oben erwähntem Paragraphen zu erfüllen.

Zurzeit existieren keine Vorgaben oder Empfehlungen für ein massgeschneidertes IKS für die Baselbieter Gemeinden. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Verbands der Baselbieter Gemeinden (VBLG) ist zur Zeit daran, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Verantwortlichen für Gemeindefinanzen und Gemeindesteuern sowie der Finanz- und Kirchendirektion eine Wegleitung und gegebenenfalls ein IT-Tool spezifisch für die Baselbieter Gemeinden zu erarbeiten, um den interessierten Baselbieter Gemeinden die Implementierung von IKS zu erleichtern. Diese Lösung soll den Gemeinden voraussichtlich im 2. Semester 2014 zur Verfügung stehen.

Bis eine solche Baselland-spezifische IKS ausgearbeitet ist, können sich Gemeinden, welche ein IKS einführen wollen, am IKS-Leitfaden der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen (KKAG) orientieren, welcher auch im Finanzhandbuch für die Baselbieter Gemeinden abgedruckt ist (Kapitel 18.2).

Antrag auf Abschreibung.

2.1.2 Motionen

2.1.2.1 [2009/225](#); überwiesen am Motion von Christoph Buser vom 10. September 2009: Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene; überwiesen am 14/10/2010

Die Motion übernimmt inhaltlich die Forderungen der auf Bundesebene eingereichten Motionen von Ständerat Rolf Büttiker vom 11. Juni 2009 (09.3619) und von Nationalrätin Sylvia Flückiger-Bäni von 12. Juni 2009 (09.3640). Die Begründung ist grösstenteils wörtlich übernommen worden. Die Motion

von Ständerat Büttiker wurde am 15. September 2009 vom Ständerat und am 18. März 2010 vom Nationalrat angenommen. Nationalrätin Flückiger zog am 18. März 2010 ihre Motion zurück. Am 12. September 2013 hat der Ständerat zum zweiten Mal beschlossen, die Motion von Ständerat Büttiker abzuschreiben, da diese - soweit möglich - umgesetzt wurde. Damit ist das Geschäft auf Bundesebene erledigt.

Die Begründung des Bundesrats lautete wie folgt (Bericht des Bundesrats über Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2012 vom 8. März 2013, BBI 2013, S. 2842):

«Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat zusammen mit dem Vorstand der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) und dem Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz (FDK) geprüft, welche Massnahmen rechtlich möglich sind, um eine optimale Umsetzung der Motion zu gewährleisten. Gestützt darauf werden nun insbesondere vor dem Erlass von Kreisschreiben und Rundschreiben die betroffenen Verbände regelmässig einbezogen. Des Weiteren wurden die folgenden Massnahmen getroffen, die eine bessere Zusammenarbeit zwischen der SSK und der FDK sicherstellen:

- Teilnahme des Generalsekretärs der FDK an den Vorstandssitzungen der SSK;
- Unterbreitung von Publikationen der SSK an die FDK zur Stellungnahme;
- Information der FDK über die Aktivitäten der SSK, insbesondere durch Kenntnisnahme des jährlichen Tätigkeitsberichts der SSK durch die FDK-Plenarversammlung.

Schliesslich veröffentlicht die SSK im Sinne der Verbesserung der Transparenz den jährlichen Tätigkeitsbericht auf ihrer Website (www.steuerkonferenz.ch). Betreffend das in der Motion zusätzlich enthaltene Anliegen, die SSK habe die Resultate ihrer Beratungen mittels Anträgen bei den kantonalen Steuerbehörden einzubringen und die entsprechende Ausgestaltung sei in einem Reglement festzuhalten, ist auf die Stellungnahme des Bundesrates vom 2. September 2009 zur vorliegenden Motion zu verweisen. Dort ist festgehalten, dass ihm die Kompetenz fehle, die von der Motion geforderten Massnahmen formell durchzusetzen. So kann die SSK als Verein im Sinne des Zivilgesetzbuches (SR 210) vom Bund insbesondere nicht gezwungen werden, ein Reglement zu erlassen. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat in ihrer Rahmenordnung 28. September 2012 über die Arbeitsweise der KdK und der Direktorenkonferenzen bezüglich der Kooperation von Bund und Kantonen vom in Ziffer 8.2 betreffend andere Organisationen mit kantonalen Beteiligung (dazu gehört auch die SSK) in Absatz 2 folgendes festgehalten: «Die Stellungnahmen der anderen Organisationen mit kantonalen Beteiligung richten sich nach deren Mandat und erfolgen nicht im Namen der Kantone, sondern stets in ihrem eigenen Namen.» Gestützt auf die getroffenen und umgesetzten Massnahmen zur Erfüllung der Motion wird deren Abschreibung beantragt.»

Mit den beschriebenen Massnahmen ist ein wesentlicher Teil der Motion erfüllt, nämlich die Einflussnahme der FDK auf und der Einbezug der Verbände bei den Arbeiten der SSK. Bezüglich der Stellung des Landrats ist festzuhalten, dass gemäss dem in der Kantonsverfassung verankerten Gewaltenteilungsprinzip der Vollzug von Gesetzen Sache der Exekutive ist. Daher wäre es ein Einbruch in das Gewaltenteilungsprinzip, wenn der vom Motionär geforderte Genehmigungsvorbehalt eingeführt würde, wonach der Landrat über die Übernahme von nicht verbindlichen Praxisempfehlungen der SSK zu entscheiden hätte. Hinzu kommt, dass auch die Gerichte nicht an die Kreisschreiben der SSK gebunden sind, sondern diese vielmehr frei überprüfen und gegebenenfalls für rechtswidrig erklären können. Damit ist die Rechtskontrolle durch das in der Verfassung vorgesehene Organ sicher gestellt. Hinzu kommt, dass aufgrund des Empfehlungscharakters der Kreisschreiben der SSK und der mangelnden Gesetzgebungskompetenz die SSK keine Entscheide mit Verordnungs- oder Gesetzescharakter fällen kann. Entsprechend ist es auch nicht notwendig, dem Landrat solche zur Genehmigung zu unterbreiten.

Als weiteren Punkt verlangt der Motionär bei bestehenden Regelungen zu prüfen, ob diese von Entscheiden der SSK beeinflusst werden. Als Beispiel nennt er § 15 Abs. 2 des Dekrets zum Steuergesetz, der wie folgt lautet:

«Für die Schätzung des Verkehrswerts der nicht regelmässig vor- oder ausserbörslich gehandelten Wertpapiere sind in der Regel die im entsprechenden Kreisschreiben der Schweizerischen Steuerkonferenz aufgestellten Bewertungsrichtlinien anzuwenden.»

Gerade die Formulierung «in der Regel» zeigt auf, dass das genannte Kreisschreiben in unserem Kanton als Empfehlung verstanden wird, und bei entsprechender Sachlage davon abgewichen werden kann. Es besteht somit kein Handlungsbedarf, das Dekret zum Steuergesetz zu ändern. Die im

Kreisschreiben der SSK aufgestellten Bewertungsrichtlinien führen nämlich in der Regel zu angemessenen und von den betroffenen Personen auch anerkannten Vermögenssteuerwerten. Im Übrigen befinden sich keine weiteren direkten Verweise in der Baselbieter Steuergesetzgebung auf Kreisschreiben der SSK.

Das ist weiter nicht verwunderlich, da es sich dabei ja um Auslegungsfragen und Praxisfestlegungen handelt, die für die Kantone nicht verbindlich sind.

Antrag auf Abschreibung.

2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 [2003/279](#); Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen; *überwiesen am 01/04/2004*

Vorstoss wurde mit der Vorlage 2011/223 erfüllt (Verselbständigung der Spitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als öffentlich-rechtliche Anstalten; Revision des Spitalgesetzes). Es wird daher die Abschreibung beantragt.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.2 [2010/388](#); Postulat von Rahel Bänziger vom 11. November 2010: Verbesserung der Notfallverordnung der Bevölkerung und der Position unserer Hausärzte; *überwiesen am 12/01/2012*

Seit Einreichung des Postulates haben die Spitäler Bruderholz und Liestal, wie auch das UKBB, Hausarztpraxen in ihren Notfallstationen eingerichtet. Die Stellung der Hausärzte wird durch die gezielte Nachwuchsförderung durch den Kanton und die durch die geplante Anpassung des Ärzte-Tarifs TARMED durch den Bund nachhaltig verbessert. Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.3 [2011/362](#); Postulat von Daniel Münger vom 15. Dezember 2011: Wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit; *überwiesen am 03/05/2012*

Antrag auf Abschreibung: Das Postulat ist mit dem Beschluss eines neuen Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Landrats Sitzung vom 12. Dezember 2013 erfüllt. Die Abschreibung des Vorstosses sollte in die entsprechende Landratsvorlage 2013/438 aufgenommen werden, was jedoch vergessen ging.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.4 [2011/365](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 3: Schaffung eines Kompetenzzentrums für Unternehmensansiedlungen; *überwiesen am 29/11/2012*

Im Rahmen des Projekts Wirtschaftsoffensive wurde der Welcome Desk eingeführt. Dieser dient für sämtliche Anfragen von interessierten und bereits angesiedelten Unternehmen als Eingangspforte. Anfragen werden jeweils an die zuständigen Stellen in der Verwaltung weitergeleitet und innert 48 Stunden bzw. zehn Tagen beantwortet. Vorgesehen ist auch die Einführung einer Qualitätssicherung. Weiter wurden im Sinne des Postulats unter anderem die Teilprojekte Arealentwicklung und Key Account Management aufgelegt sowie regelmässige Investorentagungen ins Leben gerufen. Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden (Vorlage 2012/404 Wirtschaftsoffensive des Kantons Basel-Landschaft). **Antrag auf Abschreibung.**

2.2.1.5 [2012/183](#); Postulat von Andreas Bammatter vom 21. Juni 2012: Wirkungsvolle Bekämpfung der Schwarzarbeit im Kanton BL; überwiesen am 13/12/2012

Antrag auf Abschreibung: Das Postulat ist mit dem Beschluss eines neuen Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit in der Landratssitzung vom 12. Dezember 2013 erfüllt. Die Abschreibung des Vorstosses sollte in die entsprechende Landratsvorlage 2013/438 aufgenommen werden, was jedoch vergessen ging.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.6 [2012/130](#); Postulat von Karl Willimann vom 3. Mai 2012: Mitgliedschaft von Basel-Landschaft bei Metrobasel überprüfen; überwiesen am 13/12/2012

Der Regierungsrat ist per 31.12.2013 aus dem Verein metrobasel ausgetreten. Es wird beantragt das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.7 [2012/383](#); Postulat von Daniel Mürger vom 12. Dezember 2012: Die Messe Basel hat ihre Verantwortung wahrzunehmen!; überwiesen am 13/12/2012

Antrag auf Abschreibung: Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben (RR Peter Zwick sel.hatte diverse Abklärungen betreffend die mögliche Umsetzung des Anliegens im Verwaltungsrat der MCH Group AG vorgenommen).

Antrag auf Abschreibung.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 [2008/172](#); Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust; überwiesen am 16/10/2008

Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) beinhaltet auch eine Ergänzung des Energiegesetzes. Die Vorlage wurde am 03. März 2013 vom Volk angenommen. Mit der Änderung der Bundesgesetzgebung wird dem Anliegen Rechnung getragen und muss somit auf kantonaler Ebene nicht mehr zusätzlich geregelt werden.

Die zur Abstimmung vorgelegene Änderung des Energiegesetzes lautet wie folgt:

Art. 9 Abs. 3 Bst. E 3 Sie erlassen insbesondere Vorschriften über:

e. die Erzeugung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz: Bei beheizten Gebäuden, welche mindestens den Minergie-, MuKEN-Standard oder einen vergleichbaren Baustandard erreichen, wird die Überschreitung von maximal 20 cm für die Wärmedämmung oder Anlage zur besseren Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien bei der Berechnung, insbesondere der Gebäudehöhe, der Gebäude-, Grenz-, Gewässer-, Strassen- oder Parkplatzabstände und bei den Baulinien, nicht mitgezählt.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.1.2 [2009/306](#); Postulat von Claudio Wyss vom 29. Oktober 2009: Fördermassnahmen Oekostrom; überwiesen am 09/09/2010

Die EBL (seit 01.01.2013) und die EBM (seit 01.01.2014) bieten ihren Kunden in der Grundversorgung das Standardprodukt an, das aus 95% Wasserkraft und aus 5% neuen erneuerbaren Energien besteht (z.B. Wind- oder Solarenergie). Vor Einführung des neuen Standardprodukts wurden alle Kunden von den Stromversorgern informiert, dass sie die Möglichkeit haben, ein anderes Stromprodukt zu wählen. Von dieser Möglichkeit hat nur eine Minderheit der Kunden Gebrauch gemacht. Aus dem Geschäftsbericht der EBL von 2012 ist zu entnehmen, dass rund 85% der Haushalte das erneuerbare Standardprodukt beziehen. Im Versorgungsgebiet der EBM dürfte sich der Erfolg dieses erneuerbaren Stromprodukts auf dem gleichen Niveau einpendeln.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.1.3 [2011/157](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Mai 2011: Nutzungsbonus bei besonders energiesparenden Bauten; überwiesen am 09/02/2012

Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) beinhaltet auch eine Ergänzung des Energiegesetzes. Die Vorlage wurde am 03. März 2013 vom Volk angenommen. Mit der Änderung der Bundesgesetzgebung wird dem Anliegen Rechnung getragen und muss somit auf kantonaler Ebene nicht mehr zusätzlich geregelt werden.

Die zur Abstimmung vorgelegene Änderung des Energiegesetzes lautet wie folgt:

Art. 9 Abs. 3 Bst. E 3 Sie erlassen insbesondere Vorschriften über:

e. die Erzeugung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz: Bei beheizten Gebäuden, welche mindestens den Minergie-, MuKE-Standard oder einen vergleichbaren Baustandard erreichen, wird die Überschreitung von maximal 20 cm für die Wärmedämmung oder Anlage zur besseren Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien bei der Berechnung insbesondere der Gebäudehöhe, der Gebäude-, Grenz-, Gewässer-, Strassen- oder Parkplatzabstände und bei den Baulinien nicht mitgezählt.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.1.4 [2011/159](#); Postulat von Sarah Martin vom 19. Mai 2011: Änderung des Energiegesetzes: Verpflichtung der Stromversorgungsunternehmen zur Einführung eines Standard-Strommix, der zu 100% aus erneuerbarer Energieproduktionen stammt; überwiesen am 29/03/2012

Die EBL (seit 01.01.2013) und die EBM (seit 01.01.2014) bieten ihren Kunden in der Grundversorgung das Standardprodukt an, das aus 95% Wasserkraft und aus 5% neuen erneuerbaren Energien besteht (z.B. Wind- oder Solarenergie). Vor Einführung des neuen Standardprodukts wurden alle Kunden von den Stromversorgern informiert, dass sie die Möglichkeit haben, ein anderes Stromprodukt zu wählen. Von dieser Möglichkeit hat nur eine Minderheit der Kunden Gebrauch gemacht. Aus dem Geschäftsbericht der EBL von 2012 ist zu entnehmen, dass rund 85% der Haushalte das erneuerbare Standardprodukt beziehen. Im Versorgungsgebiet der EBM dürfte sich der Erfolg dieses erneuerbaren Stromprodukts auf dem gleichen Niveau einpendeln.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.1.5 [2012/296](#); Postulat von Christoph Buser vom 18. Oktober 2012: Vereinfachte Bau-Bewilligung von Solaranlagen im Rahmen von Quartierplanungen; überwiesen am 29/11/2012

Die Umsetzung erfolgte mit der seit 01.10.2013 RBG § 104b in Kraft stehenden Regelung über Solaranlagen (LRV 2011/176, beschlossen am 27.06.2013). Solaranlagen in Bauzonen sind damit grundsätzlich bewilligungsfrei; dies gilt auch für Quartierplanperimeter.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.2 Motionen

2.3.2.1 [2007/063](#); Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern; überwiesen am 01/11/2007

Die Zustimmung erfolgte mit LRV 2011/176 am 27.06.2013 im Landrat. Die Abschreibung ging damals im Landratsbeschluss vergessen.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.2.2 [2007/226](#); Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben; überwiesen am 01/11/2007

Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) beinhaltet auch eine Ergänzung des Energiegesetzes. Die Vorlage wurde am 03. März 2013 vom Volk angenommen. Mit der Änderung der Bundesgesetzgebung wird dem Anliegen Rechnung getragen und muss somit auf kantonaler Ebene nicht mehr zusätzlich geregelt werden. Die zur Abstimmung vorgelegene Änderung des Energiegesetzes lautet wie folgt:

Art. 9 Abs. 3 Bst. E 3 Sie erlassen insbesondere Vorschriften über:

e. die Erzeugung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz: Bei beheizten Gebäuden, welche mindestens den Minergie-, MuKE-Standard oder einen vergleichbaren Baustandard erreichen, wird die Überschreitung von maximal 20 cm für die Wärmedämmung oder Anlage zur besseren Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien bei der Berechnung, insbesondere der Gebäudehöhe, der Gebäude-, Grenz-, Gewässer-, Strassen- oder Parkplatzabstände und bei den Baulinien, nicht mitgezählt.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.2.3 [2006/246](#); Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!; überwiesen am 01/11/2007

Die Zustimmung erfolgte mit LRV 2011/176 am 27.06.2013 im Landrat. Die Abschreibung ging damals im Landratsbeschluss vergessen.

Antrag auf Abschreibung.

2.4 Sicherheitsdirektion

2.4.1 Postulate

Keine

2.4.2 Motionen

Keine

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 [2009/187](#); Postulat von Georges Thüring vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien; *überwiesen am 24/09/2009*

Vergleiche Bericht zur Motion 2009-005: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen.

Antrag auf Abschreibung.

2.5.1.2 [2009/367](#); Postulat von Karl Willimann vom 9. Dezember 2009: Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz; *überwiesen am 10/06/2010*

Die Studentafel Sekundarstufe I, wie sie vom Bildungsrat beschlossen und auf Schuljahr 2016/17, aufsteigend mit den ersten Klassen in Kraft gesetzt worden ist, sieht für das Niveau P die Wahlpflicht-Angebote MINT (mit naturwissenschaftlich-technischer Ausrichtung) und LINGUA mit Italienisch oder Latein vor. Alle Schülerinnen und Schüler belegen in den letzten beiden Jahren der obligatorischen Schule zwei Angebote aus dem Wahlpflichtbericht, wobei im Leistungszug P die Verpflichtung besteht, entweder MINT oder LINGUA zu wählen. Damit ist die Schwerpunktsetzung wahlweise im Mathematisch-naturwissenschaftlichen oder im sprachlichen Bereich für das Niveau P im Sinne des Postulates auch künftig möglich. LINGUA wird im Sinne des Postulates „mehrsprachendidaktisch“ ausgestaltet. Zusätzlich ist die Studentafel - ebenfalls im Sinne des Postulates - im Bildungsraum Nordwestschweiz mit Basel-Stadt koordiniert.

Die Wahlpflichtfächer MINT und LINGUA sind im Vergleich zu heute zeitlich zu Gunsten der Grundbildung reduziert: dies erlaubt aber spätere und bewusstere Wahlen des Maturitätsprofils am Gymnasium, das ab Schuljahr 2014/15, aufsteigend mit den 1. Klassen, auf 4 Jahre verlängert wird.

Antrag auf Abschreibung.

2.5.1.3 [2010/345](#); Postulat von Urs von Bidder vom 14. Oktober 2010: Einführung von Klassenstunden in der Studentafel der Sekundarschule; *überwiesen am 31/03/2011*

Das Anliegen ist mit der Studentafel Sekundarschule, wie sie der Bildungsrat beschlossen und auf Schuljahr 2016/17, aufsteigend in Kraft gesetzt hat, erfüllt: Im Unterschied zu der heute geltenden Studentafel der Sekundarschule mit der Klassenstunde nur in der ersten Klasse sichert die neue Studentafel die Klassenstunde für alle drei Klassen (vgl. Erläuterungen zur Studentafel für die Sekundarschule).

Antrag auf Abschreibung.

2.5.1.4 [2011/277](#); Postulat von Karl Willimann vom 22. September 2011: Latein wird wieder wichtiger für die Bildungsqualität an den Progymnasien; *überwiesen am 19/04/2012*

Das Anliegen ist mit der Studentafel Sekundarschule, wie sie der Bildungsrat beschlossen und auf Schuljahr 2016/17, aufsteigend in Kraft gesetzt hat, erfüllt. Lingua mit Latein oder Italienisch bleibt (in reduziertem Umfang) im Angebot. Lingua wird als Wahlpflichtangebot im 10. und 11. Schuljahr (nach HarmoS-Zählung) angeboten. Schülerinnen und Schüler des Niveaus P sind verpflichtet, entweder MINT oder Lingua als eines von zwei Angeboten aus dem Wahlpflichtbereich zu belegen. Damit wird das Anliegen des Postulates erfüllt, dass die Lateinkurse nicht schulkreisübergreifend zusammengelegt werden müssen. Mit der Erneuerung des Faches Latein in Form von „LINGUA“ mit Bezügen zur Mehrsprachendidaktik des Sprachenkonzeptes wird auch erhofft, mehr Schülerinnen und Schüler für diesen Bildungsgehalt und für den Besuch des Schwerpunktfachs Latein am vierjährigen Gymnasium zu gewinnen.

Antrag auf Abschreibung.

2.5.2 Motionen

2.5.2.1 [2009/005](#); Motion von Karl Willmann vom 15. Januar 2009: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen; überwiesen am 25/03/2010

Ausgehend von den Ergebnissen der PISA-Studie 2006, welche ein geringes Interesse der Baselbieter Schüler/innen an Naturwissenschaften und Technik aufzeigte, hat der Kanton Basel-Landschaft diverse Massnahmen im Bereich der Interessensförderung ergriffen.

Ebenfalls mit einzubeziehen sind die Massnahmen auf Ebene der EDK und des Bildungsraums Nordwestschweiz, welche einer Absicherung und Überprüfung von Grundkompetenzen auch im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften dienen.

Der Regierungsrat hat bereits ausführlich im Bildungsbericht Basel-Landschaft 2011 auf verschiedene Massnahmen zur Interessensförderung im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technologie) hingewiesen. Die mit verschiedenen Vorstössen verlangten besonderen Massnahmen im Bereich Interessensförderung im Bereich MINT sind unverzüglich und im Rahmen interkantonal koordinierter Anstrengungen erfolgt. Mit dem folgenden aktualisierten Überblick über diese Massnahmen beantragt der Regierungsrat die Abschreibung folgender verwandter Vorstösse: Motion 2012/094, Motion 2009/005, als Postulat überwiesene Motion 2009/187.

- Studentafeln Volksschule und Gymnasium: Sowohl die auf Schuljahr 2015/16 in Kraft tretende neue Studentafel für die Primarschule, als auch die ab Schuljahr 2016/17 in Kraft tretende neue Studentafel für die Sekundarstufe I stärken die Unterrichtsbereiche Mathematik und Natur und Technik. Mit dem neuen Fach MINT wird an der Sekundarstufe I ein innovativer naturwissenschaftlicher Schwerpunkt gesetzt. Den Schülerinnen und Schülern steht ein weiteres Kombinationsfach zur Verfügung, welches vertieft und anwendungsorientiert Einblicke in mathematisch-naturwissenschaftliche Zusammenhänge und Arbeitsweisen gibt. Aktuell haben die beiden Kantone BL und BS der PH FHNW den Auftrag zur Entwicklung von Unterrichtsmaterialien in Form von modularen Unterrichtseinheiten mit zugehörigen Unterstützungsleistungen (Weiterbildungen pro Modul) für das Wahlpflichtfach MINT erteilt. Das auf vier Jahre verlängerte Gymnasium gibt mit der neuen Studentafel mehr Ressourcen und Raum für Interessens- und Begabungsförderung und selbstständiges Lernen namentlich auch im Bereich Naturwissenschaften. Im Hinblick auf die Studienwahl der Maturandinnen und Maturanden führen die Gymnasien selbst diverse Projekte z.B. Wissenschaftstage durch und beteiligen sich an naturwissenschaftlichen Wettbewerben.
- Projekt SWiSE: Zur qualitativen Weiterentwicklung des Unterrichts in Naturwissenschaften und Technik beteiligt sich der Kanton BL in den Jahren 2012 – 2015 mit 0.5 Millionen Franken aus dem Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung am Projekt SWiSE (Swiss Science Education). Seit dem Schuljahr 2012/13 können neun Basellandschaftliche Schulen am Projekt SWiSE teilnehmen. Ziel des Projektes ist es, durch eine qualitative Weiterentwicklung des Unterrichts (hin zu einem forschend entdeckenden Lernen) den Schülerinnen und Schülern einen altersgemässen Zugang zu Naturwissenschaften und Technik zu erschliessen, und so ihr Interesse und ihr Selbstvertrauen bezogen auf diese Fachbereiche zu stärken.
- Mobilab als mobiles Lernlabor mit Experimenten für Schülerinnen und Schüler und auch für die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern.

Ferner sind in interkantonalen oder trinationalen Zusammenarbeit Initiativen entstanden, welche der Kanton Basel-Landschaft unterstützt und von Schülerinnen und Schülern des Kantons Basel-Landschaft genutzt werden:

- TunBasel, Erlebnisschau im Bereich Natur und Technik, initiiert durch die Handelskammer beider Basel
- Trinationales Schülerforschungsnetzwerk „Phänovum“
- Datenbank des Bildungsraums Nordwestschweiz zur Erschliessung von „Bereicherungsangeboten“ einschliesslich ca. 50 Angeboten im Bereich Natur und Technik wie Robotik, Jugend Solar Projekt, ILab - das Schülerlabor am PSI, Biotech Lerncenter, Projekt zur Umweltbildung u.v.a.

Antrag auf Abschreibung.

Abschreibungsantrag der BKSD zu einem Postulat mit laufender Behandlungsfrist:

2.5.2.2 [2012/094](#); Motion von Sabrina Mohn vom 22. März 2012: Stärkung der MINT-Kompetenzen; überwiesen am 24/05/2012

Vergleiche Bericht zur Motion 2009-005: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen.

Antrag auf Abschreibung.

**2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht /
Büro Landrat**

2.6.1 Postulate

Keine

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 [2003/112](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg; überwiesen am 13/11/2003

Am 27. September 2013 hat das eidgenössische Parlament das Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten verabschiedet. Die Referendumsfrist ist am 16. Januar 2014 abgelaufen, ohne dass das Referendum ergriffen worden wäre. Es geht nun darum, die entsprechenden Bestimmungen im Steuerharmonisierungsgesetz auf kantonaler Ebene umzusetzen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird 2014 vom Regierungsrat verabschiedet werden. Darin wird das Postulat 2003/112 zur Abschreibung beantragt werden.

3.1.1.2 [2005/058](#); Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005

National- und Ständerat haben am 27. September 2011 bzw. 14. März 2012 eine Motion überwiesen, die eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung fordert. Der Bundesrat hat am 18.7.13 eine informelle Konsultation zu entsprechenden Vorschlägen eröffnet, die bis zum 14.10.13 dauerte und zu der sich der Regierungsrat gemäss RRB 2013/1530 geäussert hat. Sobald eine Vorlage auf Bundesebene beschlossen wird, wird ein Antrag auf Abschreibung der Motion geprüft.

3.1.1.3 [2005/114](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespeisen aus zweckgebundenen Steuern, Abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist spätestens Ende 2016 der Fall.

3.1.1.4 [2007/159](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung; überwiesen am 13/03/2008

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.5 [2007/314](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung; überwiesen am 22/05/2008

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.6 [2007/284](#); Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen; überwiesen am 22/05/2008

Der Vorstoss wird zusammen mit der Totalrevision der Ruhegehaltsordnung für Mitglieder des Regierungsrates bearbeitet, die im ersten Quartal 2014 an den Landrat verabschiedet wird.

3.1.1.7 [2008/221](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabteilung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen; überwiesen am 11/12/2008

Das Anliegen des Postulats musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Im 2014 wird das Thema angegangen und das weitere Vorgehen bestimmt.

3.1.1.8 [2009/062](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. März 2009: Lobbying für kantonale Anliegen beim Bund; überwiesen am 22/04/2010

Aufgrund der Arbeiten am Entlastungspaket und der Überlastung der Landeskanzlei wurde dieses Anliegen nicht weiterverfolgt. Das Postulat wird nach der Etablierung der neuen Leitung der Landeskanzlei in deren Zuständigkeitsbereich übertragen werden.

3.1.1.9 [2009/377](#); Postulat von Siro Imber vom 10. Dezember 2009: Personal für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit; überwiesen am 11/11/2010

Das Postulat konnte im vergangenen Jahr aus Ressourcengründen wiederum nicht beantwortet werden. Der Bericht soll aber bis Ende April 2014 an den Landrat überwiesen werden.

3.1.1.10 [2010/340](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 14. Oktober 2010: Produktivitätskennzahlen in Rechnung und Budget des Kantons; überwiesen am 09/12/2010

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.11 [2010/070](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Proaktives Management der Transfer-Finanzflüsse; überwiesen am 09/12/2010

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.12 [2010/366](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 28. Oktober 2010: Klare gesetzliche Regelung für die Auflösung von Reserven und zweckgebundenen Rückstellungen; überwiesen am 13/01/2011

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.3.13 [2010/096](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. März 2010: Grundlagen für Vorfinanzierungen; überwiesen am 24/02/2011

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.14 [2010/009](#); Postulat der SP-Fraktion vom 14. Januar 2010: Armutsbericht Baselland; überwiesen am 24/02/2011

Mit der Behandlung des Vorstosses wurde zugewartet, bis entsprechende Vorgaben des Bundes und der SODK Ende 2012 vorlagen. Mit RRB 2013/0824 und 2013/1323 wurde eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Armutsberichts BL eingesetzt. Der Auftrag für die Ausarbeitung des Armutsberichtes wurde im Januar 2014 erteilt; der Bericht sollte Mitte August 2014 vorliegen.

3.1.1.15 [2010/214](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 20. Mai 2010: Grundlagen für die Gewährung vergünstigter Darlehen durch den Kanton; überwiesen am 31/03/2011

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.16 [2010/344](#); Postulat von Regula Meschberger vom 14. Oktober 2010: Bericht über neue Aufgaben und deren Verteilung auf Kanton und Gemeinden und über allfällige Trägerschaftsänderungen bei bestehenden Aufgaben; überwiesen am 14/04/2011

Wird im Rahmen eines neuen Aufgabenteilungsgesetzes behandelt, das dem Landrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2015 zugeleitet werden wird.

3.1.1.17 [2010/297](#); Postulat von Franz Hartmann vom 9. September 2010: Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG, SGS 185); überwiesen am 14/04/2011

Wurde mit neuer Nr. 2011/193 nicht abgeschrieben und wird im Rahmen der Gesamtevaluation des Finanzausgleichs behandelt. Die damit verbundene Gesetzesänderung wird dem Landrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2015 zugeleitet werden.

3.1.1.18 [2010/368](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 28. Oktober 2010: Grassiert im Kanton eine Fachstellen-itis?; überwiesen am 19/05/2011

Das Anliegen wird im 2014 geprüft und das weitere Vorgehen bestimmt.

3.1.1.19 [2011/093](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 31. März 2011: Festlegung von verbesserten und verbindlichen Standards für die Abrechnung von Verpflichtungskrediten; überwiesen am 09/06/2011

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.20 [2010/401](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 25. November 2010: Richtige “Flughöhe” bei Finanzentscheidungen; überwiesen am 09/06/2011

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.21 [2010/384](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 11. November 2010: Bildungsprogramme bzw. Deutschkurse für Asylsuchende; überwiesen am 23/06/2011

Die Vorlage 2010-384 wurde in der Beantwortung noch zurückgestellt, da der Bund ein eigenes Sprachprogramm mit Bewertungssystem (fides) bei einigen Kantonen in der Testphase hat. Die Ergebnisse dazu hätten eigentlich auf Ende 2013 vorliegen sollen. Mangels Umsetzung in den Testkantonen konnte fides aber leider noch nicht ausgewertet werden.

Die fides-Vorlage wird grossen Einfluss auf die Sprachförderung im Migrationsbereich in den Kantonen haben, deshalb ist es sehr wichtig, das Testergebnis und die entsprechenden Massnahmen des Bundes zu kennen. Leider lagen Ende 2013 die Grundlagen für eine gesamtschweizerische Lösung immer noch nicht vor.

Die Vorlage wird im Laufe des Jahres 2014 zusammen mit den weiteren Vorlagen (2012/044 / 2012/245) aus dem Asylbereich in einer gemeinsamen Antwort dem LR vorgelegt.

3.1.1.22 [2010/372](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 28. Oktober 2010: Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit Basel-Stadt; überwiesen am 22/03/2012

Das Anliegen wird 2014 bearbeitet.

3.1.1.23 [2011/338](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 1. Dezember 2011: Schuldenbremse - Eine Weiterentwicklung der Defizitbremse; überwiesen am 22/03/2012

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.24 [2011/335](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 1. Dezember 2011: Anpassung des Planungsprozesses - Stärkung des Finanzplans (als Postulat überwiesen); überwiesen am 29/03/2012

Das Anliegen des Vorstosses musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.1.25 [2012/044](#); Postulat von Hanni Huggel vom 9. Februar 2012: Beschäftigung von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen im Strassenverkauf “Surprise”; überwiesen am 03/05/2012

Die gesetzlichen Grundlagen für Eingliederungsmassnahmen im Bereich der Sozialhilfe haben auf den 1.1.2014 grundlegende Änderungen erfahren. Diese Anpassungen bedingen eine neue, rechtskonforme Festlegung der Vertriebsgenehmigung für den Verkauf des Strassenmagazins.

Die Vorlage wird im Laufe des Jahres 2014 zusammen mit den weiteren Vorlagen (2010/384 / 2012/245) aus dem Asylbereich in einer gemeinsamen Antwort dem LR vorgelegt.

3.1.1.26 [2011/364](#); Postulat von Christoph Buser vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 2: Schaffung von Investitions-Anreizen in der Steuergesetzgebung; überwiesen am 03/05/2012

Wegen prioritärer Arbeiten bei der Wirtschaftsoffensive und der Unternehmenssteuerreform III konnte der Bericht zum Postulat noch nicht abschliessend erstellt werden. Gemäss Planung wird der Bericht im 1. Semester 2014 abgeschlossen und vom Regierungsrat verabschiedet werden.

3.1.1.27 [2011/288](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2011: Einführung einer "Schwarzen Liste" bei der Krankenversicherung; überwiesen am 03/05/2012

Das Anliegen wird 2014 bearbeitet.

3.1.1.28 [2012/351](#); Postulat der BDP/glp-Fraktion vom 29. November 2012: Verkürzung Kündigungsfrist auf 6 Monate bei BLPK; überwiesen am 29/11/2012

Das Thema wird bearbeitet. Absolute Priorität hatte in diesem Bereich die Erarbeitung der Garantievorlage (LRV 2013-331) und der Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative (LRV 2013-445).

3.1.1.29 [2012/148](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 24. Mai 2012: Finanz- und Investitionsrechnung unter einer Verantwortung; überwiesen am 29/11/2012

Das Anliegen wird 2014 bearbeitet.

3.1.1.30 [2012/149](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 24. Mai 2012: Gemeindestrukturen im Baselbiet Zuerst die Untersuchung - dann das Rezept!; überwiesen am 29/11/2012

Der Vorstoss wird im Rahmen des Gemeindestrukturengesetzes abgehandelt, das im ersten Halbjahr 2014 in die Vernehmlassung geschickt werden wird.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 [2006/007](#); Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"; überwiesen am 11/05/2006

Das Anliegen der Motion musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet

3.1.2.2 [2007/270](#); Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich; überwiesen am 13/03/2008

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs beschrieben werden. Bevor diese Steuerreform aber umgesetzt werden kann, muss der Staatshaushalt ins Lot gebracht werden. Dazu ist das Entlastungspaket 12/15 vollständig umzusetzen und dessen Wirkung abzuwarten. Erst danach kann über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

3.1.2.3 [2008/204](#); Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken; überwiesen am 11/12/2008

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs beschrieben werden. Bevor diese Steuerreform aber umgesetzt werden kann, muss der Staatshaushalt ins Lot gebracht werden. Dazu ist das Entlastungspaket 12/15 vollständig umzusetzen und dessen Wirkung abzuwarten. Erst danach kann über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

3.1.2.4 [2007/195](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Änderung des Sachversicherungsgesetzes betreffend präventiven objektbezogenen Massnahmen gegen Hochwasserschäden; überwiesen am 07/05/2009

Der Vorstoss wird im Rahmen der Gesetzgebung über die Brand- und Elementarschadenprävention abgehandelt, die im ersten Halbjahr 2014 in die Vernehmlassung geschickt werden wird.

3.1.2.5 [2009/227](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 10. September 2009: Überarbeitung der Finanzkompetenz von Regierung und Landrat; überwiesen am 14/10/2010

Das Anliegen der Motion musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.2.6 [2009/149](#); Motion der SP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Ergänzungsleistungen für Familien; überwiesen am 14/10/2010

Die Behandlung des Vorstosses ist abzustimmen auf das Ergebnis eines nationalen Dialogs (zw. EDI, Kantonen, Gemeinden und sozialen Einrichtungen) sowie des Armutsberichts BL (vgl. 2010/009). Im ersten Halbjahr 2014 wird eine Koordinationssitzung mit betroffenen Direktionen bzw. Dienststellen und der Sozialversicherungsanstalt stattfinden.

3.1.2.7 [2009/342](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 26. November 2009: Einheitliche Finanzstandards bei Landratsvorlagen; überwiesen am 11/11/2010

Das Anliegen der Motion musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.2.8 [2010/124](#); Motion von Isaac Reber vom 25. März 2010: Integrierte Finanz- und Investitionsplanung; überwiesen am 09/12/2010

Das Anliegen der Motion musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird ab 2014 im Rahmen des Projektes „Stärkung der finanziellen Steuerung“ bearbeitet.

3.1.2.9 [2010/188](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 6. Mai 2010: Standesinitiative “Schweizerische Erdbebenversicherung”; überwiesen am 03/03/2011

National- und Ständerat haben am 27. September 2011 bzw. 14. März 2012 eine Motion überwiesen, die eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung fordert. Der Bundesrat hat am 18.7.13 eine informelle Konsultation zu entsprechenden Vorschlägen eröffnet, die bis zum 14.10.13 dauerte und zu der sich der Regierungsrat gemäss RRB 2013/1530 geäussert hat. Sobald eine Vorlage auf Bundesebene beschlossen wird, wird ein Antrag auf Abschreibung der Motion geprüft.

3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 [2006/265](#); Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter; überwiesen am 19/04/2007

Die VGK hat in Ihrer Beratung am 19.09.2013 zur Vorlage 2013/043: Leitbild "Älter werden gemeinsam

gestalten“ entschieden, das Postulat stehen zu lassen. Dieses soll nun im Rahmen des geplanten Projektes zur Revision des Gesetzes über die Pflege und Betreuung im Alter (GeBPA) gemeinsam mit der Motion 2011/359, Marie-Therese Beeler: Für eine sachgemässe Subventionierung von Einrichtungen der Betreuung und Pflege im Alter, behandelt werden.

3.2.1.2 [2007/064](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 18/10/2007

Die VGK hat in Ihrer Beratung am 19.09.2013 zur Vorlage 2013/043: Leitbild "Älter werden gemeinsam gestalten“ entschieden, das Postulat stehen zu lassen. Dieses soll nun im Rahmen des geplanten Projektes zur Revision des Gesetzes über die Pflege und Betreuung im Alter (GeBPA) gemeinsam mit der Motion 2011/359, Marie-Therese Beeler: „Für eine sachgemässe Subventionierung von Einrichtungen der Betreuung und Pflege im Alter“ behandelt werden.

3.2.1.3 [2008/235](#); Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen; überwiesen am 07/05/2009

Mit RRB Nr. 0751 wurde am 30.04.2013 vom Regierungsrat eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines kantonalen Konzeptes Palliativ Care eingesetzt. Gemäss Projektentwurf soll dieses bis Ende 2014 vorliegen.

3.2.1.4 [2009/084](#); Postulat von Madeleine Göschke vom 26. März 2009: Früherfassung von Brustkrebs bei Frauen ab 50; überwiesen am 25/03/2010

Die VGD hat eine Vorlage zur Einführung eines Brustkrebs-Screenings erarbeitet. Der Beginn des Programms, das zusammen mit Basel-Stadt durchgeführt werden soll, war auf 2015 angesetzt. Aufgrund der jüngst publizierten Empfehlung des Swiss Medical Boards, das von Screening-Programmen abrät, wird die eigene Position überprüft. Eine Einführung zu einem späteren Zeitpunkt bleibt ausdrücklich vorbehalten. Der Vorstoss soll noch nicht abgeschrieben werden.

3.2.1.5 [2011/323](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 17. November 2011: Suizidprävention: Handlungsspielraum wirkungsvoller nutzen; überwiesen am 29/03/2012

Die VGD hat diverse Abklärungen betreffend die mögliche Umsetzung des Anliegens vorgenommen und insbesondere auch Gespräche mit den involvierten Organisationen geführt.

Weitere Arbeiten sind im Gange. Die Beantwortung des Vorstosses ist im Laufe des Jahres 2014 vorgesehen. Es wird daher eine Fristerstreckung beantragt.

3.2.1.6 [2012/070](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 8. März 2012: Eignerstrategie für unsere Kantonsspitäler; überwiesen am 29/11/2012

Eine Eignerstrategie für das Kantonsspital Baselland liegt vor (Vorlage 2011/223Versetzung der Spitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als öffentlich-rechtliche Anstalten; Revision des Spitalgesetzes). Es ist vorgesehen, diese im 2014 aufgrund der gemachten Erfahrungen zu überprüfen.

3.2.1.7 [2011/337](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 1. Dezember 2011: Kantonale Strategie zur Spitalfinanzierung; überwiesen am 29/11/2012

Die Beantwortung soll im Rahmen eines Berichts über mögliche kostendämpfende Massnahmen im Gesundheitswesen beantwortet werden.

3.2.1.8 [2012/115](#); Postulat der SP-Fraktion vom 19. April 2012: Von VGD zu VSD, Bildung Departement Volkswirtschaft und Soziales; überwiesen am 13/12/2012

Der Regierungsrat möchte das Anliegen des Postulats nicht nur auf die beiden Direktionen begrenzen. Es ist vorgesehen, eine generelle Überprüfung des Aufgaben-Portefeuille der Direktionen durchzuführen.

3.2.1.9 [2012/187](#); Postulat von Rahel Bänziger vom 21. Juni 2012: Offenlegung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen in Spitälern; überwiesen am 13/12/2012

Die Landratsvorlage zur Beantwortung ist zurzeit in Bearbeitung, daher wird eine Fristerstreckung beantragt.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 [2006/265](#); Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter; überwiesen am 19/04/2007

Die VGK hat in Ihrer Beratung am 19.09.2013 zur Vorlage 2013/043: Leitbild "Älter werden gemeinsam gestalten" entschieden, die Motion stehen zu lassen. Diese soll nun im Rahmen der geplanten Projektes zur Revision des Gesetzes über die Pflege und Betreuung im Alter (GeBPA) gemeinsam mit der Motion 2011/359 von Marie-Therese Beeler: „Für eine sachgemässe Subventionierung von Einrichtungen der Betreuung und Pflege im Alter“ behandelt werden.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 [1989/024](#); Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Darin wird eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Neuweilerstrasse bis Allschwil Letten vorgeschlagen. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt. Ein analoger Beschluss des Landrats ist in Arbeit und wird noch in der ersten Hälfte 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.2 [1998/093](#); Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Die Revision hat Verzögerungen erfahren, soll aber 2014 fertiggestellt werden. Die Beantwortung sollte aber bis Ende 2014 vorliegen.

3.3.1.3 [2003/194](#); Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie); überwiesen am 22/01/2004

Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Darin wird eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Neuweilerstrasse bis Allschwil Letten vorgeschlagen. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt. Ein analoger Beschluss des Landrats ist in Arbeit und wird noch in der ersten Hälfte 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.4 [2005/101](#); Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio; überwiesen am 26/01/2006

Der TNW ist momentan in einer Reorganisationsphase. Verschiedene Fragen zu einem grenzüberschreitenden Tarifverbund sind in der Agenda 2014 enthalten. Eine Beantwortung kann frühestens auf Ende 2014 erwartet werden.

3.3.1.5 [2007/049](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren; überwiesen am 24/01/2008

Der Bund hat per 2004 das Gesetz zur Gleichstellung der Behinderten (BehiG) erlassen und 2008

entsprechende Ausführungsbestimmungen erstellt. Der Kanton BL wird bis Ende 2014 eine Kreditvorlage zur Anpassung der ÖV-Infrastrukturen an das BehiG dem Parlament vorlegen. Das Anliegen kann mit dieser Vorlage abgeschrieben werden.

3.3.1.6 [2007/233](#); Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteigeverbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch; überwiesen am 24/04/2008

Eine betriebliche Abstimmung am Brausebad zwischen der Tramlinie 6 und der Tramlinie 1 und Buslinie 50 erfolgt kontinuierlich. Die heutige Umsteigebeziehung kann als gut bezeichnet werden. Weitergehende Verbesserungen mit Veränderung des Tramnetzes wurden im Rahmen der Tramnetzstudie 2020 entwickelt. Diese konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt. Ein analoger Beschluss des Landrats ist in Vorbereitung und wird noch in der ersten Hälfte 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.7 [2007/166](#); Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund; überwiesen am 24/04/2008

Der TNW ist momentan in einer Reorganisationsphase. Fragen zur Weiterentwicklung des Tarifverbunds zu einem Verkehrsverbund sind derzeit jedoch nicht auf der Agenda des TNW. Eine Vorlage dazu kann frühestens auf Ende 2014 erwartet werden.

3.3.1.8 [2007/249](#); Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030; überwiesen am 24/04/2008

Die geforderte umfassende Überprüfung der öV-Verbindungen im unteren Kantonsteil wurde im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) vorgenommen. Die entsprechende Landratsvorlage ELBA ist momentan in der Vernehmlassung. Weiter wird am 9. Februar 2014 die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. FABI hat einen grossen Einfluss auf die Möglichkeiten zur Verbesserung der Bahnverbindungen im unteren Kantonsteil. Die Beantwortung erfolgt mit der Vorlage ELBA bis Ende 2014.

3.3.1.9 [2007/254](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach; überwiesen am 22/05/2008

Im Rahmen der erfolgten Schwachstellenanalyse bzgl. Radrouten über den ganzen Kanton wurde Dornachbrugg als Schwachstelle anerkannt. Einfache Sofortmassnahmen sind aber nicht möglich.

Im Rahmen von ELBA wurde auch eine Veloschnellroute Dornach – Reinach mit mehreren Varianten geprüft, die die Schwachstelle Dornachbrugg deutlich verbessert. Es ist vorgesehen, das Anliegen im Zusammenhang mit der Vorlage ELBA, die bis Ende 2014 dem Landrat überwiesen werden soll, abzuschreiben.

3.3.1.10 [2008/028](#); Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring/Allschwil; überwiesen am 13/11/2008

Der Umgang mit der Elsässerbahn und damit mögliche Perspektiven für eine Haltestelle Morgartenring werden im Rahmen einer trinationalen Angebotsplanung S-Bahn aufgezeigt. Die Arbeit wird bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Anschliessend erfolgt die Berichterstattung an den Landrat.

3.3.1.11 [2008/278](#); Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro- Widerstandsheizungen; überwiesen am 14/05/2009

Die Totalrevision Energiegesetz ist im Gange. Ein Gesetzesentwurf für ein neues Energiegesetz liegt vor. Die Umsetzung ist in diesem Rahmen geplant. Das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren startet im Februar/März 2014. Nach der Überarbeitung erfolgt die externe Vernehmlassung voraussichtlich im Mai 2014. Bis zum Jahresende wird der Landrat darüber entscheiden können.

3.3.1.12 [2008/280](#); Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen; überwiesen am 28/05/2009

Die Totalrevision Energiegesetz ist im Gange. Ein Gesetzesentwurf für ein neues Energiegesetz liegt vor. Die Umsetzung ist in diesem Rahmen geplant. Das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren startet im Februar/März 2014. Nach der Überarbeitung erfolgt die externe Vernehmlassung voraussichtlich im Mai 2014. Bis zum Jahresende wird der Landrat darüber entscheiden können.

3.3.1.13 [2008/304](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 13. November 2008: Direkte Busverbindung zwischen Bruderholzspital und Bahnhof Basel SBB und Tramanschluss für das Bruderholzspital; überwiesen am 28/05/2009

Die Busverbindung wurde im Rahmen der Erarbeitung des 7. Generellen Leistungsauftrags ÖV für die Jahre 2014-2017 (7. GLA) geprüft. Eine Tramanbindung wurde im Rahmen der Tramnetzstudie 2020 geprüft. Diese konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt. Ein analoger Beschluss des Landrats ist in Arbeit und wird noch in der ersten Hälfte 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.14 [2008/331](#); Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Dezember 2008: Rückbau Wasgenring / Luzernerring Basel-Stadt; überwiesen am 29/10/2009

Das modifizierte Postulat (Realisierung Zubringer Allschwil; Machbarkeit etc.) wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) bearbeitet. Die Abschreibung ist mit der Vorlage zu ELBA auf Ende 2014 vorgesehen.

3.3.1.15 [2008/038](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 06/05/2010

Die Weiterführung kann derzeit aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens zwischen dem Aeschen- und Centralbahnplatz nicht erfüllt werden. Die Verschiebung der Haltestelle der Linien 80 und 81 vor die Migrosbank am Aeschenplatz hat sich hingegen bewährt und wird beibehalten. Es bestehen somit bequeme Umsteigeverbindungen ab dem Aeschenplatz in Richtung Bahnhof.

Die Frage nach der Weiterführung der beiden Buslinien wurde untergeordnet auch in der Tramnetzstudie 2020 behandelt. Insofern erfolgt die Beantwortung im Rahmen des LR-Beschlusses zur Tramnetzstudie 2020 in der ersten Hälfte 2014.

3.3.1.16 [2010/012](#); Postulat von Josua M. Studer vom 14. Januar 2010: Verlängerung und Verknüpfung der Tramlinie 8 mit der Tramlinie 6; überwiesen am 11/11/2010

Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Darin wird eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Neuweilerstrasse bis Allschwil Letten vorgeschlagen, hingegen keine Verknüpfung mit der Tramlinie 6. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt. Ein analoger Beschluss des Landrats ist in Arbeit und wird noch in der ersten Hälfte 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.17 [2010/023](#); Postulat der Grünen-Fraktion vom 14. Januar 2010: Regio S-Bahn: Neuer Wendebahnhof Basel St. Johann und zusätzliche Haltestelle am Morgartenring; überwiesen am 11/11/2010

Der Umgang mit der Elsässerbahn und damit mögliche Perspektiven für eine Haltestelle Morgartenring werden im Rahmen einer trinationalen Angebotsplanung S-Bahn aufgezeigt. Die Arbeit wird bis Ende 2014 abgeschlossen sein. Das Postulat kann somit per Ende 2014 abgeschrieben werden.

3.3.1.18 [2009/301](#); Postulat der SP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Erschliessung des Bruderholz-Spitals mit dem Tram; überwiesen am 11/11/2010

Die Tramanbindung des Bruderholz-Spitals wurde im Rahmen der Tramnetzstudie 2020 geprüft. Diese konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie

zugestimmt. Ein analoger Beschluss des Landrats ist in Arbeit und wird noch in der ersten Hälfte 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.19 [2009/279](#); Postulat von Felix Keller vom 15. Oktober 2009: Realisierung "Zubringer Allschwil" an die Nordtangente; überwiesen am 11/11/2010

Das Postulat (Realisierung Anschluss Allschwil an die Nordtangente) wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) bearbeitet und ist Bestandteil einer Stossrichtung der Landratsvorlage. Die Abschreibung ist mit der Vorlage zu ELBA auf Ende 2014 vorgesehen.

3.3.1.20 [2009/260](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 24. September 2009: Kantonsstrassen mit Durchgangsverkehr sollen innerorts attraktiver werden!; überwiesen am 11/11/2010

Die interne Richtlinie bzgl. Strassenbreite d.h. welche Begegnungsfälle von Fahrzeugen mit welchen Geschwindigkeiten auf welchen Strassentypen massgebend sind, ist in Überarbeitung. Weiter sollen die Erfahrungen der Projekte in Reinach und Allschwil, d.h. von 2 eher städtischen Umfeldern, ausgewertet werden. Diese Arbeiten sowie weitere parallele Arbeiten wie z.B. die Prüfung / Überarbeitung der Beleuchtungsrichtlinie werden im 2015 abgeschlossen, so dass ein einfacher Schlussbericht über alle Arbeiten und damit die abschliessende Behandlung mit einer LRV bis ca. Ende 2015 möglich wird.

3.3.1.21 [2009/261](#); Postulat von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Rechtsgrundlage Bauinventar BL; überwiesen am 11/11/2010

Die Vorlage ist in Arbeit und wird im 1. Quartal 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.22 [2010/095](#); Postulat von Christine Koch vom 11. März 2010: Neue S - Bahn - Verbindung Birstal - St.Johann; überwiesen am 25/11/2010

Eine Voraussetzung für eine neue S-Bahn-Verbindung ist der Ausbau des Bahnhofs Basel SBB und das Vorliegen einer trinational abgestimmten Angebotsplanung S-Bahn.

Der Ausbau des Bahnhofs Basel SBB ist Bestandteil der Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“. Bei Annahme der Vorlage am 9. Feb 2014 wären die baulichen Voraussetzungen geschaffen. Die trinational abgestimmte Angebotsplanung S-Bahn wird bis Ende 2014 fertiggestellt. Bis zum Jahresende liegt ein entsprechender Bericht an den Landrat vor.

3.3.1.23 [2010/327](#); Postulat der Bau- und Planungskommission vom 23. September 2010: Ausbau und Finanzierung der Hafnenbahn (Südanbindung Auhafen - Schweizerhalle); überwiesen am 13/01/2011

Der Ausbau der Hafnenbahn ist Bestandteil der Leistungsvereinbarung 2013 – 2016 der Hafnenbahn mit dem Bund. Mit dem Bau soll 2016 begonnen werden. Die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung ist momentan im Abschluss und kann auf 1. Quartal 2014 erwartet werden. Mit Vorliegen der Leistungsvereinbarung kann die Beantwortung in der ersten Hälfte 2014 erfolgen.

3.3.1.24 [2010/209](#); Postulat von Elisabeth Schneider vom 20. Mai 2010: Vorortslinie 14 an die BLT - Betrieb mit Tango-Trams; überwiesen am 03/03/2011

Die Frage nach Betreiber und Fahrzeuge pro Tramlinie ist ein Resultat aus der Tramnetzstudie 2020. Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt. Ein analoger Beschluss des Landrats ist in Arbeit und wird noch in der ersten Hälfte 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.25 [2010/300](#); Postulat von Elisabeth Schneider vom 9. September 2010: Finanzierung und Unterhalt von Bushaltestellen; überwiesen am 03/03/2011

Der Vorstoss wird zusammen mit den Motionen 2010/162 und 2010/163 behandelt. Auswirkungen EP12/15 auf Begehren muss geprüft werden. Eine Berichterstattung dazu wird im 2014 erfolgen.

**3.3.1.26 [2010/242](#); Postulat von CVP/EVP-Fraktion vom 17. Juni 2010: Behinderten- und betag-
tengerechter ÖV; überwiesen am 31/03/2011**

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Die Revision hat Verzögerungen erfahren, soll aber 2014 fertiggestellt werden. Das Postulat sollte bis Ende 2014 beantwortet werden können.

**3.3.1.27 [2010/213](#); Postulat von Jürg Degen vom 20. Mai 2010: Wiederaufnahme von Gesprä-
chen mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Jura und Solothurn zum weiteren Vorgehen in
Bezug auf den Bau des Wisenberg隧nells; überwiesen am 31/03/2011**

Mit dem Bundesamt für Verkehr und den Kantonen konnte eine Klärung bezüglich des weiteren Vorgehens 3. Juradurchstich erreicht werden. Als Resultat daraus sind in der Vorlage FABI Gelder für Planungsarbeiten zum Juradurchstich enthalten. Bei Annahme der Vorlage am 9. Februar 2014 kann das Postulat dann mit einer Vorlage abgeschrieben werden.

**3.3.1.28 [2010/385](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 11. November 2010: Regio-S-Bahn
Herzstück / Ein Projekt für Public Private Partnership (PPP)?; überwiesen am 09/06/2011**

Das Anliegen wird mit der Vorlage zum Vorprojekt Herzstück in der ersten Hälfte 2014 beantwortet.

**3.3.1.29 [2010/362](#); Postulat von Christine Koch vom 28. Oktober 2010: "Der Durchstich";
überwiesen am 09/06/2011**

Wie bereits anlässlich der Behandlung des Postulates am 9. Juni 2011 im Landrat ausführlich be- handelt, ist ein Baubeginn frühestens 2015 bzw. gemäss aktuellem Terminplan 2016 möglich. Das Postulat wird in der Kreditvorlage für das Bauprojekt und die Realisierung des Zubringers Pfeffingerring behandelt und kann mit dieser Vorlage als erledigt abgeschrieben werden. Die Überweisung dieser Vorlage an den Landrat ist bis Mitte 2014 vorgesehen.

**3.3.1.30 [2011/110](#); Postulat von Rahel Bänziger vom 14. April 2011: Massnahmenplan für eine
Radonsanierung der bekannten 10 belasteten Schulräume in Baselland; überwiesen am
17/11/2011**

Die Messungen der Schulhäuser im Besitz des Kantons erfolgen in den Wintermonaten 2013/2014. Der Bericht kann 2015 zu Händen des Landrates erstellt werden. Des Weiteren erfolgen 2014/2015 die Messungen der Schulbauten der Gemeinden.

**3.3.1.31 [2011/273](#); Postulat von Georges Thüring vom 22. September 2011: Das Laufental
braucht die Doppelspur - und zwar heute und nicht erst übermorgen!; überwiesen am 26/01/2012**

Am 9. Februar 2014 wird die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Bei Annahme von FABI besteht auf Bundesstufe Klarheit, mit welchen Mitteln eine Doppelspur im Laufental finanziert werden kann. Eine Abschreibung erfolgt noch im 1. Semester 2014.

**3.3.1.32 [2011/154](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Mai 2011: Sonnenkollektoren zur
Warmwassererzeugung auf alle geeigneten Dächer; überwiesen am 09/02/2012**

Die Totalrevision Energiegesetz ist im Gange. Ein Gesetzesentwurf für ein neues Energiegesetz liegt vor. Die Umsetzung ist in diesem Rahmen geplant. Das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren startet im Februar/März 2014.

Nach der Überarbeitung erfolgt die externe Vernehmlassung voraussichtlich im Mai 2014. Bis zum Jahresende wird der Landrat darüber entscheiden können.

**3.3.1.33 [2011/156](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Mai 2011: Photovoltaik auf alle Gut-
und Best-Dächer bei gegebener Wirtschaftlichkeit; überwiesen am 09/02/2012**

Die Totalrevision Energiegesetz ist im Gange. Ein Gesetzesentwurf für ein neues Energiegesetz liegt

vor. Die Umsetzung ist in diesem Rahmen geplant. Das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren startet im Februar/März 2014. Nach der Überarbeitung erfolgt die externe Vernehmlassung voraussichtlich im Mai 2014. Bis zum Jahresende wird der Landrat darüber entscheiden können.

3.3.1.34 [2011/319](#); Postulat von Christine Koch vom 17. November 2011: Kantonaler Richtplan; überwiesen am 29/03/2012

Die Vorlage ist in Arbeit und wird im 1. Semester 2014 an den Landrat überwiesen.

3.3.1.35 [2012/074](#); Postulat von Hanspeter Kumli vom 8. März 2012: Fussgängerinseln und Fussgängerquerungen; überwiesen am 03/05/2012

Die Überprüfung der Situation hat mehr Zeit beansprucht als ursprünglich angenommen. Die Ergebnisse der Überprüfung sind mittlerweile abgeschlossen. Die Abschreibung ist im 1. Semester 2014 vorgesehen.

3.3.1.36 [2012/043](#); Postulat von Mirjam Würth vom 9. Februar 2012: Die Neobiotenstrategie ist dem Landrat vorzulegen; überwiesen am 03/05/2012

Die Vorlage liegt vor und wird im 1. Semester 2014 dem Landrat vorgelegt. Im Finanzplanverfahren 2015-2019 wird ein Verpflichtungskredit zur Umsetzung der Strategie beantragt.

3.3.1.37 [2012/036](#); Postulat von Christoph Buser vom 9. Februar 2012: Neue Ansätze für die Wasserversorgungsplanung im unteren Baselbiet; überwiesen am 03/05/2012

Die direkte Trinkwasseraufbereitung von Rheinwasser 1) oder 2) durch eine gänzlich alternative Wasserversorgung im Kanton BL ist zu prüfen und diese der heutigen Trinkwasserentnahme im Hardwald gegenüberzustellen. Der Punkt 1) wird im Rahmen der Durchführung des Projektes „Regionale Wasserversorgung BL 21“ geprüft. Dabei werden Versuche zur direkten Rheinwasseraufbereitung durchgeführt. Das Projekt läuft bis Mitte 2016. Für Punkt 2) wird mit kantonsinternen und externen Experten eine Vision einer alternativen Wasserversorgung Basel-Landschaft entwickelt. Konsolidierte Vorschläge werden Ende 2014 vorliegen.

3.3.1.38 [2012/021](#); Postulat von Stephan Nigg vom 26. Januar 2012: Mobility Konzept Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 03/05/2012

Zur Zeit wird bereits eine kantonale Mobilitätsstrategie erarbeitet. Daraus wird dann eine Mobilitätsstrategie für die kantonale Verwaltung abgeleitet. Mit dem Vorliegen einer entsprechenden Landratsvorlage kann bis 2016 gerechnet werden.

3.3.1.39 [2012/022](#); Postulat von Agathe Schuler vom 26. Januar 2012: Siedlungsentwicklung nach Innen ist intensiv zu fördern; überwiesen am 03/05/2012

Im Rahmen der Teilrevision RBG wird der Vorstoss beantwortet. Dies erfolgt gleichzeitig zusammen mit der Motion 2012/069 noch in diesem Jahr.

3.3.1.40 [2011/363](#); Postulat von Christoph Buser vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 1: Schaffung investitionsbereiter, strategischer Entwicklungsgebiete für Wertschöpfung; überwiesen am 03/05/2012

Im Rahmen der Wirtschaftsoffensive Baselland gibt der Regierungsrat Erfassung und Bereitstellung strategischer Areale im Kanton für die Ansiedlung neuer oder Ausbau bestehender Gewerbebetriebe hohe Priorität. Seit Sommer 2013 steht eine Datenbank mit allen wesentlichen Grundlagen für die Nutzung, insbesondere der Fokus-Areale Salina Raurica, ABB, Dreispitz und Ergolz-Achse bereit. Die Projektleitung der Wirtschaftsoffensive ist daran, auf dieser Grundlage die notwendigen Investitionen und Planungsschritte für die einzelnen Areale zu definieren. Im Laufe des Jahres 2014 soll für Salina Raurica und ABB je ein Arealmanager mit der Vermarktung und Entwicklung der Gebiete betraut werden. Konkrete Aufträge werden gegenwärtig erarbeitet.

3.3.1.41 [2012/045](#); Postulat von Balz Stüchelberger vom 9. Februar 2012: Domplatz Arlesheim: Kantonales Verwaltungszentrum in Kulturdenkmälern?; überwiesen am 29/11/2012

Der Bericht der räumlichen Auswirkungen nach Bezug des Strafjustizzentrums des Projektes FOCUS und der Reorganisation der Bezirksgerichte liegt vor. Die Umsetzung dieser räumlichen Veränderungen ist in Prüfung. Nach Gesprächen mit der Gemeinde Arlesheim kann der Bericht Ende 2014 zu Händen des Landrates erstellt werden.

3.3.1.42 [2012/126](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 3. Mai 2012: Konzessionsverlängerung Kraftwerk Birsfelden zwecks Austiefung; überwiesen am 29/11/2012

Die umfangreichen Abklärungen für eine Austiefung wurden an der Verwaltungsrats-Sitzung der KW Birsfelden AG vom 4. Dezember 2013 behandelt. Die konsolidierten Erkenntnisse werden nun in die Vorlage an den Landrat eingearbeitet. Diese wird voraussichtlich bis Mitte 2014 vorliegen.

3.3.1.43 [2012/113](#); Postulat von Marc Bürgi vom 19. April 2012: Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Bruderholzstrasse; überwiesen am 29/11/2012

Die Überprüfung der Situation sowie die Evaluation allfälliger Massnahmen hat mehr Zeit beansprucht als ursprünglich angenommen. Dem Landrat wird im 2. Semester 2014 darüber berichtet.

3.3.1.44 [2012/112](#); Postulat von Urs Leugger vom 19. April 2012: Optimierung der Erschliessung von Arbeitsgebieten von kantonaler Bedeutung in Arlesheim und Münchenstein; überwiesen am 13/12/2012

Wird im Rahmen ELBA behandelt. Die Abschreibung ist mit der Vorlage ELBA auf Ende 2014 vorgesehen.

3.3.1.45 [2012/046](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 9. Februar 2012: Prüfung einer Fusion von kantonalen Verkehrsunternehmen; überwiesen am 13/12/2012

Die Prüfung ist im Gange und es laufen entsprechende Gespräche und Abklärungen. Mit einer Berichterstattung kann voraussichtlich bis Ende 2014 gerechnet werden.

3.3.2 Motionen**3.3.2.1 [1998/192](#); Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999**

Die Gelder für die Planungsarbeiten zum Juradurchstich sind in der Vorlage FABI enthalten. Bei einer Annahme der Vorlage am 9. Februar 2014 kann die Motion dann mit einer Vorlage abgeschrieben werden.

3.3.2.2 [2007/198](#); Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 01/11/2007

Den Vertretern der Umweltverbände und der Energieversorgungsunternehmen wird im 1. Quartal 2014 der Entwurf des Richtplan-Blattes „Potentialgebiete Windkraft“ vor der offiziellen Vernehmlassung präsentiert. Die Vernehmlassung zum Richtplan wird danach erfolgen.

3.3.2.3 [2007/194](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsleichen; überwiesen am 15/11/2007

Die Forderungen werden im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) abgehandelt. Die Landratsvorlage ELBA geht demnächst in die breite Vernehmlassung. Diverse geforderte Verkehrslösungen werden aber unabhängig von ELBA vorangetrieben und finden sich beispielsweise im Agglomerationsprogramm Basel. Mit der Landratsvorlage zu ELBA wird die Beantwortung auf Ende 2014 vorliegen.

3.3.2.4 [2008/091](#); Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrre auf dem EAP; überwiesen am 22/05/2008

An seiner Sitzung vom 8. September 2011 hat der Landrat mit einer Petitionsbehandlung „Gleiche Nachtflugsperrre in Basel wie in Zürich“ (2011/213) entschieden, die Motion 2008/091 nicht abzuschreiben. Im Zusammenhang mit der Behandlung der umfangreichen Vorlage 2010/398 „EuroAirport-Vorstösse“ vom 8.9.2011 wurde bezüglich der Motion auf den Beschluss zur Vorlage 2011/213 verwiesen, die Abschreibung der Motion 2008/091 abzulehnen.

Das Dossier hat auf den 01.07.2012 von der FKD zur BUD (RR Sabine Pegoraro) gewechselt. Sie hat als Verwaltungsrätin 2013 den Antrag gestellt, die Betriebszeiten im Verwaltungsrat nochmals zu traktandieren. Sobald diese Behandlung im Verwaltungsrat erfolgt ist, wird eine erneute Vorlage an den Landrat erfolgen.

3.3.2.5 [2007/248](#); Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!; überwiesen am 22/05/2008

Im 1. Quartal 2014 geht eine Anpassung des kantonalen Richtplans in die öffentliche Vernehmlassung. Die Berichterstattung an den Landrat wird voraussichtlich gegen Ende des Sommers 2014 erfolgen.

3.3.2.6 [2009/229](#); Motion der Grünen-Fraktion vom 10. September 2009: Stopp der Lichtverschmutzung; überwiesen am 17/06/2010

Die Forderung ist analog dem Anliegen der Motion 2011/151. Am 13. Februar 2013 gab der Bundesrat bekannt, dass das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK prüfen wird, ob die Verordnung über den Natur- und Heimatschutz mit einer Bestimmung ergänzt werden könnte, die den Schutz der Arten und Lebensräume bezüglich mobiler und fester Beleuchtungsanlagen gewährleisten würde. Zudem sollen Richtwerte zur Beurteilung der Schädlichkeit und Belästigung von künstlichem Licht in der Umwelt und für den Menschen erarbeitet werden. Die Schaffung von kantonalen gesetzlichen Grundlagen drängt sich angesichts der zurzeit laufenden Arbeiten beim Bund nicht auf. Es wird deshalb beantragt, die Motionen (2011/151 und 2009/229) stehen zu lassen, bis die Vollzugsgrundlagen des Bundes zur Verfügung stehen. Anschliessend soll über deren Einführung berichtet werden.

3.3.2.7 [2009/226](#); Motion von Rolf Richterich vom 10. September 2009: Änderung § 101 Abs. 2 RBG; Garagenvorplätze bei direkten Ausfahrten auf Strassen; überwiesen am 11/11/2010

Die Vorlage ist erarbeitet und befindet sich zurzeit im externen Vernehmlassungsverfahren mit Rückmeldefrist bis Ende Februar 2014. Anschliessend erfolgt die nochmalige Überarbeitung. Die entsprechende Vorlage an den Landrat wird bis Mitte 2014 vorliegen.

3.3.2.8 [2010/008](#); Motion von Agathe Schuler vom 14. Januar 2010: Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Anschlusspflicht an Wärmeverbundanlagen; überwiesen am 11/11/2010

Die Totalrevision Energiegesetz ist im Gange. Ein Gesetzesentwurf für ein neues Energiegesetz liegt vor. Die Umsetzung ist in diesem Rahmen geplant. Das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren startet im Februar/März 2014. Nach der Überarbeitung erfolgt die externe Vernehmlassung voraussichtlich im Mai 2014. Bis zum Jahresende wird der Landrat darüber entscheiden können.

3.3.2.9 [2009/259](#); Motion von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes; überwiesen am 11/11/2010

Der Entwurf der Vorlage liegt vor und geht Ende Januar 2014 ins verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren. Nach dem anschliessenden externen Vernehmlassungsverfahren wird die Berichterstattung an den Landrat bis Mitte 2014 erfolgen.

3.3.2.10 [2009/299](#); Motion von Petra Schmidt vom 29. Oktober 2009: Änderung Raumplanungs- und Baugesetz (RBG), § 126; überwiesen am 11/11/2010

Die Vorlage befindet sich in der Ausarbeitung. Das externe Vernehmlassungsverfahren wird Anfang

März 2014 gestartet. Eine Überweisung an den Landrat wird voraussichtlich bis Mitte 2014 erfolgen.

3.3.2.11 [2010/163](#); Motion von Felix Keller vom 22. April 2010: Finanzierung der Bushaltestellen auf Kantonsstrassen; überwiesen am 03/03/2011

Im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und den erforderlichen Investitionen bei Bushaltestellen sowie den knappen Kantonsfinanzen waren / sind vertiefte Abklärungen zu den finanziellen Auswirkungen notwendig. Eine entsprechende Landratsvorlage zur Umsetzung ist bis Ende 2014 vorgesehen.

3.3.2.12 [2010/162](#); Motion von Petra Schmidt vom 22. April 2010: Trägerschaft der Erstellungskosten von Bushaltestellen; überwiesen am 03/03/2011

Im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und den erforderlichen Investitionen bei Bushaltestellen sowie den knappen Kantonsfinanzen waren / sind vertiefte Abklärungen zu den finanziellen Auswirkungen notwendig. Eine entsprechende Landratsvorlage zur Umsetzung ist bis Ende 2014 vorgesehen.

3.3.2.13 [2011/086](#); Motion von Urs von Bidder vom 31. März 2011: Der notwendige Ausstieg aus der Atomenergie bedingt rigoroses Energie-Sparen; überwiesen am 19/05/2011

Die Totalrevision Energiegesetz ist im Gange. Ein Gesetzesentwurf für ein neues Energiegesetz liegt vor. Die Umsetzung ist in diesem Rahmen geplant. Das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren startet im Februar/März 2014. Nach der Überarbeitung erfolgt die externe Vernehmlassung voraussichtlich im Mai 2014. Bis zum Jahresende wird der Landrat darüber entscheiden können.

3.3.2.14 [2011/063](#); Motion von Andreas Giger vom 3. März 2011: Sichere Radwege im Laufental endlich realisieren!; überwiesen am 19/05/2011

Seit Oktober 2013 laufen die Bauarbeiten für die neuen Radstreifen zwischen Brislach und Zwingen. Die Realisierung des gesamten Projekts (inkl. Strassensanierung) wird voraussichtlich bis Mitte 2015 andauern. Zudem wurde ein Bauprojekt für einen abgetrennten Radweg zwischen Eggfluetunnel und Zwingen erarbeitet, eine Realisierung ist für ca. 2016 vorgesehen. Innerhalb von Zwingen soll die Radroute durch die Wohngebiete und anschliessend entlang der SBB nach Laufen führen. Damit kann eine sichere Linienführung für den Radverkehr von Grellingen nach Laufen abseits der H18 angeboten werden. Es ist vorgesehen, die Motion im Rahmen einer späteren Sammelvorlage abzuschreiben, wenn der Baubeginn für alle Arbeiten zwischen Grellingen und Laufen erfolgt ist.

3.3.2.15 [2010/370](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 28. Oktober 2010: Transparenz bei Fremdfinanzierungen; überwiesen am 09/06/2011

Im Rahmen des Ende 2010 durchgeführten Mitberichtsverfahrens bei der FKD und VGD zeigte sich, dass

- PPP vertiefter zu prüfen und die Konsequenzen transparent aufzuzeigen sind.
- Fremdfinanzierungen seien vorsichtig anzugehen, da dadurch künftige Generationen durch die Zinszahlungen in die Schuldenfalle geraten könnten.
- Es soll sichergestellt werden, dass die Motion gemeinsam mit der Motion 2009/342 „Einheitliche Finanzstandards bei Landratsvorlagen“ koordiniert bearbeitet werden. Die Motion 2009/342 beinhaltet, dass Vorlagen mit einmaligen Kosten ab CHF 5 Mio. und wiederkehrenden Kosten ab CHF 0.5 Mio. künftig einen standardisierten Finanzteil beinhalten sollen (Änderung FHG).
- Diese Standardisierung schliesst auch Angaben zur Fremdfinanzierung ein.

Aus diesem Grund sollen die beiden Motionen zusammen behandelt werden. Die beiden Motionen werden nun unter Federführung der BUD mit der FKD bearbeitet und eine Vorlage wird dazu bis Mitte 2014 vorliegen.

3.4 Sicherheitsdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 [2006/017](#); Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt; *überwiesen am 18/05/2006*

Es liegt ein verwaltungsinterner Bericht zu diesem Postulat vor. Dieser zeigt auf, dass ein Zusammenschluss der Einsatzzentralen der Blaulichtorganisationen erhebliche organisatorische, personelle, räumliche und somit finanzielle Konsequenzen haben wird. Zu berücksichtigen ist auch, dass die betroffenen Blaulichtorganisationen der Sicherheitsdirektion, Finanz- und Kirchendirektion (Basellandschaftliche Gebäudeversicherung) sowie der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (Spitäler Baselland) zugeordnet sind.

Der Regierungsrat wird die Vorlage zum Postulat bis spätestens ab 2. Quartal 2014 dem Landrat unterbreiten.

3.4.1.2 [2006/049](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion; *überwiesen am 18/05/2006*

Die Bearbeitung dieses Vorstosses gehört zu den Prioritäten bei der Sicherheitsdirektion in den Jahren 2013 und 2014. In Zusammenarbeit mit den anderen Direktionen FKD, VGD und BUD definiert die SID mögliche Modelle im Sinne des Postulats. Die Arbeiten sind entgegen unseren Erwartungen und unserer Planung noch nicht soweit gediehen, dass dem Landrat im Geschäftsjahr 2013 bereits Lösungen im Rahmen einer Postulatsbeantwortung vorgelegt werden konnten. Die SID setzt alles daran, dies möglichst bald tun zu können.

3.4.1.3 [2012/288](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Oktober 2012: Unhaltbare Zustände im Notariatswesen; *überwiesen am 18/10/2012*

Per Ende 2013 sind die Amtsnotariate Plan gemäss durch die privaten Notariate abgelöst worden. Spätestens per 31. Okt. 2013 haben die Bezirksschreibereien keine Notariatsgeschäfte mehr angenommen. Es bestehen heute keine unhaltbaren Zustände im Notariatswesen. Die Abdeckung der Notariatsgeschäfte durch die privaten Notare und Notarinnen ist gewährleistet. Es sind heute keine zusätzlichen Massnahmen im Notariatswesen erforderlich. Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

3.4.1.4 [2012/092](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 22. März 2012: Ein schlankes Rahmengesetz für die familienergänzende Kinderbetreuung; *überwiesen am 15/11/2012*

Im August 2012 fand ein runder Tisch zur familienergänzenden Kinderbetreuung (FEB) statt. Basierend auf den Resultaten des runden Tisches beauftragte die Regierung die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs. Dieser Gesetzesentwurf wurde im Februar 2014 dem Vernehmlassungsverfahren zugeleitet. Im Rahmen dieser Gesetzesvorlage wird der Regierungsrat auch das Postulat 2012/092 behandeln und dem Landrat darüber Antrag stellen.

3.4.2 Motionen

Keine

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 [2002/283](#); Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003

Die Finanzierung der Platzierung in Pflegefamilien wurde mit der Vorlage 2005/150 erfüllt. Die Frage der Finanzierung der familienbegleitenden Hilfsangebote wurde inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2012-2015, BKSD-Z-2, BKSD 16). Der Regierungsrat hat im Mai 2013 alle zehn im Konzept entworfenen Handlungsempfehlungen zur Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zur Umsetzung beauftragt. Zwei der Handlungsempfehlungen zielen auf die Erfüllung dieses Postulates: Erstens soll die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eine Vorlage für die Änderung der Bestimmungen über die Jugendhilfe im Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (SGS 850) ausarbeiten, die eine Gleichstellung definierter Leistungen der ambulanten Jugendhilfe durch anerkannte Anbieter mit derjenigen der stationären Jugendhilfe vorsieht. Zweitens soll als Grundlage für die gesetzliche Verankerung ein Leistungskatalog für Angebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe vorgelegt werden. Die entsprechende Gesetzesänderung wird dem Landrat bis Mitte 2015 unterbreitet und gleichzeitig das Postulat 2002/283 behandelt.

3.5.1.2 [2005/271](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 27/04/2006

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.3 [2005/182](#); Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz; überwiesen am 18/05/2006

Die Landratsvorlage Kulturgesetz (mit Beilage des 2013 veröffentlichten Kulturleitbilds 2013–2017) wird – ergänzt um das Postulat Hänggi, Kantonsverlag, 2013-430 – Anfang 2014 in die Vernehmlassung gehen. Das Postulat wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt.

3.5.1.4 [2006/101](#); Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kindertherapien; überwiesen am 02/11/2006

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Abstimmung erarbeitet und zusammen mit dem Postulat 2011/094, Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg und dem Postulat 2008/33, SP-Fraktion: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im II. Halbjahr 2014 unterbreitet.

3.5.1.5 [2006/227](#); Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet; überwiesen am 15/02/2007

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.6 [2007/068](#); Postulat von Georges Thüring vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens; überwiesen am 06/09/2007

Die Landratsvorlage Kulturgesetz (mit Beilage des 2013 veröffentlichten Kulturleitbilds 2013–2017) wird – ergänzt um das Postulat Hänggi, Kantonsverlag, 2013-430 – Anfang 2014 in die Vernehmlassung gehen. Das Postulat wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt. NUL SAGT: nein, steht nicht im direkten Zusammenhang mit LRV Kulturgesetz und wird thematisch dort auch nicht behandelt resp. Sie beantwortet dessen Fragen nicht. Zwecks Einheit der Materie schlägt NUI vor, das Postulat Thüring in einer sep. LRV abzuhandeln.

3.5.1.7 [2007/202](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel; überwiesen am 08/05/2008

Zum Postulat 2007/202 hat der Regierungsrat bereits im Rahmen der Landratsvorlage 2008/267, Neubau für die Life Sciences der Universität Basel an der Spitalstrasse 41 in Basel; Projektierungskredit (Partnerschaftliches Geschäft BL/BS), berichtet.

Standorte für universitäre Nutzungen im Kanton Basel-Landschaft werden nach wie vor im Rahmen der Infrastrukturplanung sowohl seitens Universität wie auch seitens Kanton Basel-Landschaft laufend und situativ geprüft.

Ein vorgesehener Standort auf dem Schänzli in Muttenz kann wegen einer Beschwerde der Gemeinde Muttenz und aufgrund eines Entscheids des Kantonsgerichts nicht realisiert werden. Alternativ entwickelt die Universität aktuell ein Neubauprojekt für das Institut für Sport und Sportwissenschaften im St. Jakob-Areal (Gemeindegebiet Münchenstein).

Ein vom Regierungsrat ursprünglich für Hochschulnutzungen vorgesehene Parzelle an der Hofackerstrasse in Muttenz (Polyfeld) wurde im Januar 2014 an die Gemeinde verkauft (für eine alternative Nutzung).

3.5.1.8 [2008/108](#); Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule; überwiesen am 30/10/2008

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.9 [2008/333](#); Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früh-erziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung; überwiesen am 24/09/2009

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Abstimmung erarbeitet und zusammen mit dem Postulat 2011/094, Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg und dem Postulat 2006/101 von Christian Steiner: Eltern bilden statt Kinder therapieren behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im II. Halbjahr 2014 unterbreitet.

3.5.1.10 [2008/251](#); Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule; überwiesen am 24/09/2009

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.11 [2008/252](#); Postulat von Beatrice Fuchs vom 16. Oktober 2008: Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 12/11/2009

Das Postulat wird mit der Landratsvorlage 2013/122, Behindertensportkonzept, behandelt. Sie wurde vom Regierungsrat zu Handen Parlament am 16. April 2014 verabschiedet.

3.5.1.12 [2008/337](#); Postulat von Gerhard Hasler vom 10. Dezember 2008: Drogen an Schulen; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage; überwiesen am 11/02/2010

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.13 [2008/109](#); Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte; überwiesen am 20/05/2010

Im Rahmen des Projektes "Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe beider Basel" (Regierungsprogramm 2012 -2015, BKSD-Z-3, BKSD 17) wird eine Revision der kantonalrechtlichen Grundlagen der Behindertenhilfe vorbereitet. Die Frage des Zugangs zu Leistungen der Behindertenhilfe wird im Gesetzesentwurf beantwortet und im Gesetzgebungsverfahren entschieden. In diesem Zuge wird die Abschreibung des Postulates in Aussicht genommen. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im II. Halbjahr 2014 unterbreitet.

3.5.1.14 [2009/232](#); Postulat von Christine Gorrengourt vom 10. September 2009: Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten; überwiesen am 25/11/2010

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.15 [2010/073](#); Postulat von Isaac Reber vom 11. Februar 2010: Erweiterung der Trägerchaft der Universität Basel; überwiesen am 09/02/2011

Die Landratsvorlage wird dem Parlament im II. Quartal 2014 unterbreitet.

3.5.1.16 [2010/257](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 24. Juni 2010: Überprüfung des Stellenschlüssels der Schulsozialdienste; überwiesen am 31/03/2011

Der Stellenschlüssel der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wird hinsichtlich der Bildungsharmonisierung 2015/2016 überprüft. Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion führt ein Projekt zur Erarbeitung der Grundlagen und zur Vorbereitung des Entscheides. Der Regierungsrat wird über die Anpassung der Verordnung über den Schulsozialdienst auf der Sekundarstufe I und II (SGS 645.31 vom 16. März 2004) Mitte 2014 entscheiden. Das Postulat wird im Rahmen der Verordnungsrevision bearbeitet.

3.5.1.17 [2010/416](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Heime und Sonderschulen - Kostenexplosion stoppen; überwiesen am 05/05/2011

Die Fragen der Steuerung der Kosten für Heimaufenthalte sowie der alternativen Angebote wurden inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2012-2015, BKSD-Z-2, BKSD 16). Der Regierungsrat hat im Mai 2013 alle zehn im Konzept entworfenen Handlungsempfehlungen zur Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zur Umsetzung beauftragt. Insbesondere zwei der Handlungsempfehlungen zielen auf die Erfüllung dieses Postulates: Erstens soll die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion die Verordnung über die Kinder- und Jugendhilfe dahingehend anpassen, dass die kantonale Verwaltungsstelle ihre Beitragszusage mit einer materiellen Überprüfung verbindet. Zweitens ist sie beauftragt, ein Reglement für die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen zu erarbeiten mit dem Ziel, Alternativen zur stationären Jugendhilfe stärker in Betracht zu ziehen und bei der Wahl der Leistung die Kosten in den Entscheid einzubeziehen. Die Verordnung wurde per 1.1.2014 revidiert, das Reglement wird in der ersten Hälfte des 2014 erarbeitet und danach umgesetzt. Das Postulat 2010/416 wird mit dem Postulat 2002/283 und der geplanten Anpassung des Sozialhilfegesetzes zur Förderung der ambulanten Jugendhilfemassnahmen behandelt.

Die Frage der Steuerung der Kosten der Sonderschulung wird im Rahmen der Landratsvorlage „Integrative Schulung“ bearbeitet. Die Vorlage ist erarbeitet und enthält einen Zwischenbericht zum Vorstoss. Sie wurde 2013 dem Landrat vorgelegt.

3.5.1.18 [2011/010](#); Postulat von Karl Willmann vom 13. Januar 2011: Einsitz von Basel-Landschaft im künftigen Eidgenössischen Hochschulrat; überwiesen am 05/05/2011

Der Bericht zum Postulat erfolgt gemeinsam mit der Landratsvorlage betreffend Beitritt zum Hochschulkonkordat im III. Quartal 2014.

3.5.1.19 [2011/094](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 31. März 2011: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg; überwiesen am 09/06/2011

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Zusammenarbeit und zusammen mit dem Postulat 2006/101, Christian Steiner: Eltern bilden statt Kinder therapieren und dem Postulat 2008/333, SP-Fraktion: Förderung der Früherziehung und Unterstützung der frühen Sprachförderung behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im II. Halbjahr 2014 unterbreitet.

3.5.1.20 [2011/053](#); Postulat von Christine Gorrengourt vom 24. Februar 2011: Förderung der volkstümlichen Schweizer Musik in der Musikschule; überwiesen am 09/06/2011

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird

dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.21 [2011/163](#); Postulat von Christian Steiner vom 19. Mai 2011: Freie Schulwahl durch die Hintertür - zu Lasten der Gemeinden; überwiesen am 26/01/2012

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.1.22 [2011/301](#); Postulat von Christoph Hänggi vom 3. November 2011: Aufgabenhilfe und gezielte Nachhilfe; überwiesen am 19/04/2012

Die Landratsvorlage ist in Arbeit und - angesichts der ungenügenden Datenlage - noch nicht terminiert.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 [2003/090](#); Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen; überwiesen am 18/09/2003

Die Landratsvorlage Kulturgesetz (mit Beilage des 2013 veröffentlichten Kulturleitbilds 2013–2017) wird Anfang 2014 in die Vernehmlassung gehen, ergänzt um das Postulat Hänggi (2013-430 Kantonsverlag). Die Motion wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt.

3.5.2.2 [2003/188](#); Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen am 13/11/2003

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.2.3 [2009/109](#); Motion von Regula Meschberger vom 23. April 2009: Musikalische Talentförderung; überwiesen am 12/11/2009

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.2.4 [2009/320](#); Motion der FDP-Fraktion vom 12. November 2009: Für ein Kulturleitbild Baselland; überwiesen am 11/02/2010

Das Kulturleitbild „leitbild_kultur.bl 2013–2017“ wurde am 19. Juni 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt.

3.5.2.5 [2009/167](#); Motion von Urs Berger vom 11. Juni 2009: Beiträge an die Berufsbildung; überwiesen am 25/11/2010

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.2.6 [2010/047](#); Motion von Urs Berger vom 28. Januar 2010: Verzicht auf die Weiterverrechnung von Kosten im Zusammenhang mit dem Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung (Lehrabschlussprüfungen) an die Lehrbetriebe gewerblich-industrielle Berufe; überwiesen am 09/02/2011

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und bereit für das interne Mitberichtsverfahren. Das Geschäft wird dem Parlament im II. Quartal 2014 vorliegen.

3.5.2.7 [2010/414](#); Motion von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Stopp der uneingeschränkten Kostensteigerung für Universität Basel und FHNW; überwiesen am 05/05/2011

Der Bericht zur Motion 2010/414 erfolgt mit der Landratsvorlage zum neuen Leistungsauftrag 2015-2017 der FHNW im II. 2. Quartal 2014.

3.5.2.8 [2010/383](#); Motion von Rolf Richterich vom 11. November 2010: Anstellung Schulleitung: Mitsprache Lehrpersonen neu regeln; überwiesen am 05/05/2011

Die Landratsvorlage mit einem entsprechenden Entwurf zur Änderung des Bildungsgesetzes ist erarbeitet. Der Regierungsrat wird diesen Entwurf der Vorlage im II. Quartal 2014 in die Vernehmlassung geben und anschliessend dem Landrat unterbreiten.

3.5.2.9 [2011/299](#); Motion der SVP-Fraktion vom 3. November 2011: Fachhochschule Nordwestschweiz; Neuvorlage Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2012 - 2014 durch den Regierungsrat; überwiesen am 03/11/2011

Der Bericht zur Motion 2011/299 erfolgt mit der Landratsvorlage zum neuen Leistungsauftrag 2015-2017 der FHNW im II. Quartal 2014.

3.5.2.10 [2011/298](#); Motion der SP-Fraktion vom 3. November 2011: Frühzeitige Weichenstellung für die künftige Entwicklung der FHNW; überwiesen am 03/11/2011

Der Bericht zur Motion 2011/298 erfolgt mit der Landratsvorlage zum neuen Leistungsauftrag 2015-2017 der FHNW im II. Quartal 2014.

3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat

3.6.1 Postulate

3.6.1.1 [2009/298](#); Postulat von Hannis Huggel vom 29. Oktober 2009: Änderung der Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte § 3 Stimm- und Wahkzettel; überwiesen am 27/01/2011

Eine Vorlage befindet sich derzeit in Erarbeitung. Sie wird dem Landrat spätestens im Mai 2014 unterbreitet.

3.6.1.2 [2011/087](#); Postulat von Sara Fritz vom 31. März 2011: Effizienter Vorgang betreffend Angaben der Gemeinden zu Wahlprospekten und -plakaten; überwiesen am 29/03/2012

Eine Vorlage befindet sich derzeit in Erarbeitung. Sie wird dem Landrat spätestens im Mai 2014 unterbreitet.

3.6.1.3 [2011/133](#); Postulat von Martin Rüegg vom 5. Mai 2011: Wahlbeteiligung erhöhen; überwiesen am 29/03/2012

Eine Vorlage befindet sich derzeit in Erarbeitung. Sie wird dem Landrat spätestens im Mai 2014 unterbreitet.

3.6.1.4 [2012/129](#); Postulat von Hans Furer vom 3. Mai 2012: Für eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt; überwiesen am 15/11/2012

Eine Vorlage befindet sich derzeit in Erarbeitung.

3.6.2 Motionen

3.6.2.1 [2010/048](#); Motion von Sabrina Mohn vom 28. Januar 2010: Rechtliche Grundlage für die Einführung von e-Voting; *überwiesen am 24/02/2011*

Eine Vorlage befindet sich derzeit in Erarbeitung. Sie wird dem Landrat spätestens im Mai 2014 unterbreitet.

3.6.2.2 [2010/369](#); Motion von Urs von Bidder vom 28. Oktober 2010: Gegendarstellungsrecht auch bei Behördenreferendum; *überwiesen am 09/06/2011*

Eine Vorlage befindet sich derzeit in Erarbeitung.

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 18. März 2014

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident:

die 2. Landschreiberin:

Beilagen:

Zur Abschreibung beantragte Postulate und Motionen

Hinweis: Die Postulate und Motionen können online abgerufen werden unter

<http://www.baselland.ch/Geschaefte.273412.0.html>